



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

AUGUST 2017



THEMEN

AUS MEINER ARBEIT IN BERLIN * MEINE REGION * RÜCKBLICK
AUF DIE VERGANGENE LEGISLATURPERIODE



INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 04 AUS MEINER ARBEIT IN BERLIN
Seite 07 MEINE REGION Seite 10 RÜCKBLICK



bevor der Bundestagswahlkampf jetzt tatsächlich durchstartet, war im Juli noch einmal Zeit Luft zu holen und Urlaub zu machen. Dabei bin ich einige Tage mit der Familie die Atlantikküste von Amsterdam über Belgien in die Normandie gereist. Nach dem Besuch des ersten Atlantik-Wall-Museums stellten wir fest, dass unsere Route von Kriegsgedenkstätten gespickt war, wie Perlen an einer Kette. Als langjährige Frankreichurlauberin hatte ich zwar immer wieder die Existenz der üblichen Betonreste am Strand registriert – was mir allerdings nie bewusst war: Auf 5000 Kilometern von Norwegen bis zur spanischen Küste hatten die Nazis alle 300 Meter einen Bunker aufgestellt und jeweils mit Waffen und Soldaten bestückt.

In dem kleinen Küstenort Dieppe waren 1942 bei einem ersten Landungsversuch der Alliierten 1000 junge kanadische Soldaten ums Leben gekommen. Es sollte eine Art Test für die spätere gelungene Landung werden. Von Tausenden kam gerade einmal eine Handvoll Soldaten bis in die Stadt. Die anderen schafften es nicht einmal über den Strand. Die Originalaufnahmen und Augenzeugenberichte in der kleinen Gedenkstätte haben mich sehr bewegt. Mancher mag denken, wir hätten doch schon viel gehört und gelesen von der Brutalität des Krieges – und doch ist es dann, wenn uns das individuelle Schicksal begegnet, immer wieder erschütternd: Die Dimension, die Absurdität und die Sinnlosigkeit der Kriegslogik.

Es bleibt für mich nach wie vor die vorrangige Aufgabe, Pflicht und Motivation als Politikerin, mich für Frieden, Abrüstung und Völkerrecht einzusetzen. Die



aktuellen Forderungen nach einer Verdopplung des Verteidigungshaushaltes bei gleichzeitiger Kürzung des UN-Budgets für Blauhelme machen deutlich, dass diese Aufgabe wichtiger ist denn je. Mit Bundeswehreinräsen in Syrien und im Nordirak ohne UN-Mandat, im Rahmen einer Koalition der Willigen, ignoriert die Bundesregierung die Vorgaben der Mütter und Väter des Grundgesetzes, die endlich Konsequenzen aus der Kriegserfahrung ziehen wollten. Damit kann und werde ich mich nicht abfinden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die nächsten 8 Wochen gilt es nun bei Ihnen und bei allen MitbürgerInnen um grüne Stimmen bei der Bundestagswahl zu werben, damit ich mit meinen MitstreiterInnen in der Bundestagsfraktion weiter für unsere gemeinsamen Ziele arbeiten kann.

Im Zentrum unseres Wahlprogramms steht der Klimaschutz und der ökologische Umbau unserer Wirtschaft – dafür wollen wir die Elektromobilität nach vorne bringen und mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung beginnen. Der Diesel-Skandal und die aktuellen Vorwürfe rechtswidriger Kartellabsprachen machen das Versagen der Bundesregierung beim Verbraucherschutz und bei der Kontrolle der Automobil-Großkonzerne mehr als deutlich. Wie DIE ZEIT in einem Artikel zum Diesel-Desaster am 27.07.2017 attestierte: „Mit den Grünen wäre das nicht passiert!“

Wir wollen den freiheitlichen Rechtsstaat gegen eine dumpfe law-and-order Politik der Konservativen verteidigen und für eine humane Flüchtlingspolitik streiten. Wir wollen gegen Kinderarmut und für gerechtere Arbeitsverhältnisse ohne Missbrauch von Werkverträgen und von sachgrundlosen Befristungen kämpfen. Damit wir all diese Kernforderungen in eine Regierungskoalition einbringen und die große Koalition endlich ablösen können, brauchen wir jetzt Ihre Unterstützung!

Wo und mit wem es auch immer Gesprächsbedarf gibt – ich stehe Rede und Antwort. Nutzen Sie die Möglichkeit des ► **grünen Tisches** und laden Sie mich ein – ich komme vorbei und suche das Gespräch.

Sie entscheiden am 24. September über die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag.

Helfen Sie mit Ihrer Zweitstimme, dass die Grünen drittstärkste Kraft im Parlament werden und dass ich meine Arbeit der letzten Jahre weiter fortsetzen kann.

In diesem Sinne herzlichst

Eure/Ihre 





AUS MEINER ARBEIT IN BERLIN



▶ REISEBERICHT LESBOS

Im März 2017 besuchte ich auf der griechischen Insel Lesbos das Projekt „European Lawyers in Lesbos“. Bei dem Projekt setzen sich AnwältInnen aus ganz Europa ehrenamtlich dafür ein, den Zugang zum Recht für die geflüchteten Menschen sicher zu stellen. Ich informierte mich vor Ort sowohl über die Lage der Flüchtlinge als auch über deren Zugang zu Rechtsberatung und fairen Asylverfahren und hatte die Möglichkeit, mir einen persönlichen Eindruck vom Hotspot Moria und dem Flüchtlingscamp Karatepe zu machen.

Lesen Sie meinen Reisebericht ▶ [hier](#).

RECHT GRÜN

▶ RECHTGRÜN

Mit meinen VorstandskollegInnen des Vereins ▶ **RECHTGRÜN** habe ich im Februar dieses Jahres eine öffentliche Diskussion zum Thema „Asyl im Recht – Bestandsaufnahme und Perspektiven für Deutschland und Europa“ in Leipzig veranstaltet. An der Diskussion beteiligten sich u.a. unsere grünen JustizministerInnen aus Niedersachsen, Berlin und Hamburg und die Staatssekretärin aus Thüringen, sowie weitere namenhafte VertreterInnen aus Justiz und Rechtspolitik. Insgesamt 70 TeilnehmerInnen diskutierten lebhaft mit.

Lesen Sie ▶ [hier](#) den Veranstaltungsbericht.

Mehr Infos zu RechtGrün finden Sie ▶ [hier](#).



KINDEREHE

Anfang Juni hat der Bundestag das Gesetz zur Minderjährigenehe verabschiedet. Da dieses Gesetz angeblich Kinderehen bekämpfen sollte, wurden alle rechtlichen Bedenken bei Seite geschoben und Kritiker auf das Heftigste diffamiert. Die rückwirkende Nichtigkeit aller Ehen, die von unter 16-Jährigen geschlossen wurden, entrechtet allerdings gerade diejenigen, die durch das Gesetz vermeintlich geschützt werden sollten. Stattdessen wäre die Aufhebungslösung für alle Minderjährigenehen die bessere Alternative gewesen.

Lesen Sie [► hier](#) meine Rede zur ersten Lesung sowie [► hier](#) meine Rede zur abschließenden Beratung. Aus dem Parlamentsfernsehen stehen Videoaufzeichnungen meiner Reden in der [► 1. Lesung](#) und der [► 2./3. Lesung](#) zur Verfügung.

ELEKTRONISCHE AKTE IN STRAFSACHEN

Im Mai 2017 hat der Bundestag die Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen bis zum Jahr 2026 beschlossen. Das ist insofern höchst bedenklich, als dass derzeit nicht abgesehen werden kann, ob die gravierenden datenschutzrechtlichen und grundgesetzlichen Bedenken gegen die elektronische Strafakte bis dahin überhaupt ausgeräumt werden können. Die Kritik aus der Praxis und seitens der Datenschutzbeauftragten blieb im Gesetzgebungsverfahren unberücksichtigt. Auch und gerade für den elektronischen Rechtsverkehr sollte jedoch gelten: Erst müssen wir die Risiken beherrschen, bevor wir das System umstellen und uns in neue Abhängigkeiten begeben.

Lesen Sie [► hier](#) meine Rede zur abschließenden Lesung des Gesetzes.

ZIVILE OPFER IN SYRIEN

Seit November 2015 beteiligt sich die Bundeswehr an dem Luftkrieg über Syrien im Rahmen der gemeinsamen Operation „Inherent Resolve“, einem verfassungswidrigen Militäreinsatz ohne UN-Mandat. Deutsche Tornados fliegen über Syrien und den Irak und liefern Aufklärungsbilder. Seit März 2017 ist die Zahl der zivilen Opfer von Luftangriffen der gemeinsamen Koalition dramatisch angestiegen. Die Einsatzregeln der Mission sind intransparent, die Aufklärung der zivilen Todesfälle ungenügend – so etwas dürfen wir nicht mittragen!

[► Hier](#) bekommen Sie einen Überblick über meine parlamentarische Arbeit zum Syrieneinsatz.



FRIEDEN DURCH RECHT

Im Mai 2017 haben wir dem Bundestag drei grüne Antragsinitiativen zur Abstimmung vorgelegt, die auf den ersten Blick zwar sehr unterschiedlich aussahen, aber alle eine gemeinsame Klammer hatten. Ob Völkerstrafrecht, Verfassungsrecht oder internationale rechtliche Zusammenarbeit: Bei allen drei Anträgen ging es um Frieden als übergeordnetes Ziel und um die Stärke des Rechts, kurz: um Frieden durch Recht.

Lesen Sie unsere Antragsinitiativen hier:

- ▶ [Antrag zum Völkerstrafrecht](#)
- ▶ [Gesetzesinitiative zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes](#)
- ▶ [Antrag zur internationalen rechtlichen Zusammenarbeit](#)
- ▶ [Meine Rede zu Frieden durch Recht](#)

ABSTAMMUNGSRECHT

Wenn Kinder durch Samenspende entstehen, braucht es verlässliche und faire Regelungen für alle Beteiligten. Das Recht von Spenderkindern auf Kenntnis ihrer Abstammung muss gesetzlich verankert und die Elternschaftsvereinbarung als neues familienrechtliches Institut eingeführt werden. So könnten Wunscheltern und Spender bereits vor der Zeugung gemeinsam vereinbaren, wer mit der Geburt rechtlicher Vater bzw. Co-Mutter wird. Zu begrüßen ist, dass das im Mai verabschiedete Samenspenderegistergesetz nunmehr einen Auskunftsanspruch vorsieht. Leider wurde aus unserer Sicht nur eine halbgare Lösung für den Auskunftsanspruch vorgelegt – und die Möglichkeit einer Elternschaftsvereinbarung dabei ganz außen vor gelassen.

Lesen oder sehen Sie hier:

- ▶ [Antrag „Elternschaftsvereinbarung bei Samenspende und das Recht auf Kenntnis eigener Abstammung“](#)
- ▶ [Videoaufzeichnung meiner Rede](#)
- ▶ [Rede zur abschließenden Lesung](#)



MEINE REGION

▶ NEUJAHRSEMPFANG DER HARKE

Beim diesjährigen Neujahrsempfang der Nienburger Regionalzeitung DIE HARKE hatte ich die Gelegenheit die Gastrede zu halten. Meinen Redetext können Sie ▶ [hier](#) nachlesen.

▶ MEINE KANDIDATUR

Die Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen Grünen hat mich am 18. Februar auf Platz 5 der Landesliste für die bevorstehende Bundestagswahl gewählt.

Meine Rede lesen Sie ▶ [hier](#).



Bei meiner Rede auf der LDK



Zuvor hatte mich bereits die Wahlversammlung der Kreisverbände Schaumburg und Nienburg einstimmig wiedergewählt. Glückwünsche gab es von der Schaumburger Grünen-Kreisvorsitzenden Bela Lange und der Sprecherin des Kreisverbandes Nienburg, Mechthild Schmithüsen.

Nahezu identische Berichte lokaler Zeitungen lesen Sie ▶ [hier](#).



E-MOBILITÄT

Nachdem ich seit einem halben Jahr elektrisch mobil bin, wollte ich mich mit anderen E-MobilistInnen über deren Erfahrungen austauschen. Das Interesse an einem Stammtisch im Landkreis Nienburg war groß. Lesen Sie dazu einen Bericht der HARKE ► [hier](#).

Der nächste Stammtisch findet am 09.08. in Steyerberg statt. Auch im Bundestag haben auf meine Initiative hin einige Abgeordnete Interesse an einem Austausch gezeigt. Mit Beginn der neuen Legislatur wollen wir auch im Parlament ein entsprechendes Netzwerk ins Leben rufen.



E-MobilistInnen-Stammtisch
 in Steyerberg

„DEN LEBENSRYTHMUS BESTIMMT DER VORARBEITER“

Die prekäre Situation von Werk- und LeiharbeiterInnen beim Schlachthof Wiesenhof habe ich im Juni bei einer Podiumsdiskussion in Liebenau zum Thema gemacht.

Meine Podiumsgäste waren (von links) die Liebenauer Integrationsbeauftragte Ulrike Granich, Samtgemeindebürgermeister Walter Eisner, Szabolcs Sepsi, Fachmann des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ehemalige Prälat des Officialats Vechta, Peter Kossen. Unter den Zuhörern befanden sich auch etliche betroffene ArbeiterInnen des Verleihers Pro Work. Lesen Sie dazu ► [hier](#) die Berichterstattung der HARKE.



Das große „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ von Ministerin Nahles hat sein Ziel leider verfehlt. Die Missbrauchsmöglichkeiten im Bereich der Werk- und Leiharbeit bestehen nach wie vor.

Unsere kleine Anfrage zu den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in der Fleischwirtschaft mit Antwort der Bundesregierung können Sie ► [hier](#) lesen.



INNERE SICHERHEIT IN ZEITEN DER VERUNSICHERUNG – IST DER RECHTSSTAAT IN GEFAHR?

Im Juni war meine Kollegin und innenpolitische Sprecherin der Fraktion Irene Mihalic meiner Einladung nach Schaumburg und Nienburg gefolgt.

Lesen Sie [hier](#) das Interview in den Schaumburger Nachrichten: „CSU nicht weit entfernt von der AfD“.



Bei einer abendlichen Podiumsdiskussion im Nienburger Kulturwerk diskutierten wir mit Oberstaatsanwalt Frank Lange (l) und dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Dieter Buskohl (r) über die aktuelle Innenpolitik der Bundesregierung und die Herausforderung für den freiheitlichen Rechtsstaat in Zeiten allgemeiner Verunsicherung.

Lesen Sie [hier](#) den Bericht der HARKE.

Globale Wirtschaft, Globale Verantwortung?

Auf meine Anregung hin führte die Stiftung Leben & Umwelt in Nienburg eine Podiumsdiskussion zu Fragen der internationalen Verantwortung von Unternehmen in der globalisierten Wirtschaft durch.

Lesen Sie [hier](#) mehr über die Veranstaltung.

Sehen Sie [hier](#) das Intro-Video zu dieser Veranstaltung.

Auch im Bundestag haben wir uns weiter mit Ansätzen für eine zukunftsfähige, verantwortungsvolle Wirtschaft befasst. Im Februar 2017 konnten wir bei unserem Fachgespräch zum Thema über 100 Gäste begrüßen.

Lesen Sie [hier](#) den Nachbericht zum Fachgespräch.



EIN KURZER RÜCKBLICK AUF DIE VERGANGENE LEGISLATURPERIODE IN STICHPUNKTEN



**DIE GROSSE KOALITION GEHÖRT ABGEWÄHLT –
MIT GRÜN GEHT MEHR!**



WEITERE BUNDESTAGSREDEN SEIT DER LETZTEN INFOPOST IN TEXTEN UND VIDEOS:

- ▶ Rede und ▶ Video in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan Justiz am 22.11.2016
- ▶ Rede und ▶ Video zum Liquidationsnetting am 01.12.2016
- ▶ Rede und ▶ Video zum Angehörigenschmerzensgeld am 01.12.2016
- ▶ Rede zum Stalking am 15.12.2016
- ▶ Rede zu Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren am 15.12.2016
- ▶ Rede zum Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren am 19.01.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zum Opferentschädigungsgesetz am 27.01.2017
- ▶ Rede zum Beistandsrecht am 16.02.2017
- ▶ Rede zur Insolvenzanfechtung am 16.02.2017
- ▶ Rede zum Bauvertragsrecht am 09.03.2017
- ▶ Rede zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen am 09.03.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zum Hinterbliebenengeld am 09.03.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zur Berufsankennungsrichtlinie am 23.03.2017
- ▶ Rede zum Gesetzentwurf zur Durchführung der Verordnung EU 2015/848 über Insolvenzverfahren am 27.04.2017
- ▶ Rede zum Berufsgeheimnisträgerschutz am 27.04.2017
- ▶ Rede zum Hinterbliebenengeld und zum Opferentschädigungsgesetz am 18.05.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zum Beistandsrecht am 18.05.2017
- ▶ Rede zu Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren am 22.06.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zu Rüstungsexporten am 28.06.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zu freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Kindern am 29.06.2017
- ▶ Rede zum Berufsgeheimnisträgerschutz - Die misslungene Quadratur des Kreises am 29.06.2017



GRÜNER TISCH: KATJA KEUL KOMMT VORBEI!



► www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de